



Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

heute hat der Bundestag den sog. „Tankrabatt“ beschlossen, um Benzin und Diesel ab dem 1. Mai 2026 befristet für zwei Monate deutlich zu verbilligen. **Dazu wird die Energiesteuer auf beide Kraftstoffe um 14 Cent abgesenkt, durch die dann geringere Umsatzsteuer kommt es zu einer Entlastung von ca. 17 Cent.** Das hat drei Vorteile: Die Steuersenkung wirkt schnell, ist bürokratiearm und weitgehend zielgenau, weil sie insbesondere Pendler, Handwerker und Spediteure direkt entlastet. Ob und in welcher Form nach dem Ablauf der Regelung weitere Entlastungen notwendig sind, kann heute noch nicht abgesehen werden. Dafür entwickelt sich die Lage im Nahen Osten und speziell in der Straße von Hormus viel zu dynamisch und niemand kann heute wissen, wie hoch die Ölpreise Ende Juni sein werden. Der Bundesrat kommt heute Nachmittag zu einer Sondersitzung zusammen, um seinerseits über den Tankrabatt abzustimmen. Das ist notwendig, damit er pünktlich zu Beginn des nächsten Monats an den Tankstellen wirken kann.

Zudem haben wir in dieser Sitzungswoche die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit Unternehmen ihren Beschäftigten **freiwillig** bis zum 30. Juni 2027 eine **Entlastungsprämie bis zu 1000 Euro** steuer- und abgabenfrei auszahlen können. Indem wir die Befristung um sechs Monate verlängern, schaffen wir für mehr Unternehmen die Möglichkeit, die Entlastungsprämie liquiditätsschonend zu gewähren. Kein Unternehmen wird dazu gezwungen, aber jenen, die es tun wollen, geben wir nun die Möglichkeit, damit die Prämie bei den Beschäftigten direkt ankommt. Übrigens beteiligt sich der Staat an den Kosten der Entlastungsprämie zu knapp einem Drittel, weil sie beim Arbeitgeber als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig ist, während sie der Arbeitnehmer nicht versteuern muss.

Beschlossen wurde heute auch, einen bundeseinheitlichen **Mindesthebesatz bei der Gewerbesteuer von 280% einzuführen.** Damit wollen wir einen unfairen Wettbewerb zwischen den Kommunen verhindern. Die Linke hat heute beantragt, den Mindesthebesatz auf 350%

anzuheben. Das hat die Koalition abgelehnt. Die Gewerbesteuer ist bewusst als Steuer mit kommunalem Hebesatzrecht ausgestaltet. So können sie ihre Standortpolitik eigenverantwortlich gestalten und im fairen Wettbewerb um Unternehmen stehen. Diesen Spielraum dürfen wir nicht vollständig beschränken, denn das würde die kommunale Selbstverwaltung beschneiden und ist damit verfassungsrechtlich zumindest äußerst fraglich.

Ich darf Ihnen nun wieder viel Spaß beim Lesen wünschen. Sollten Sie zu einzelnen Themen nähere Informationen benötigen, steht Ihnen mein Berliner Büro unter gunther.krichbaum@bundestag.de sehr gerne zur Verfügung.



Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich [hier](#) anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?
Dann folgen Sie mir auf:



Ungarn hat Europa gewählt -
Rede im Bundestag



Vergangenen Sonntag haben zwei-drittel der Wähler in Ungarn ihre Stimme dem pro-europäischen Magyar und seiner TISZA-Partei gegeben. Damit haben sie den russlandfreundlichen Orbán nach nun 16 Jahren eine Absage erteilt. Dies wird weitreichende positive Konsequenzen auf unsere Arbeit in Brüssel haben. Schon heute wurden beispielsweise die 90 Milliarden Euro Unterstützung für die Ukraine endlich freigegeben. Meine Rede anlässlich der Wahl in Ungarn von vergangener Woche können Sie sich [hier](#) anschauen.

3,488 Mio Euro für die Sporthalle der Beruflichen Schule in Mühlacker

Gestern hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Mittelvergabe der sogenannten „**Sportmilliarde**“ beschlossen. Davon erhält die **Sporthalle der Beruflichen Schule in Mühlacker beachtliche 3,488 Mio. Euro** – herzlichen Glückwunsch!

Meine Kollegin Katja Mast und mich hat diese Nachricht außerordentlich gefreut, denn wir hatten uns beharrlich für diese Förderung eingesetzt. Jetzt kann die Halle nicht nur saniert, sondern auch barrierefrei umgebaut werden. Zudem wird sie allen Schülern aus dem Enzkreis zugute kommen, die auf die Beruflichen Schulen in Mühlacker gehen.

Kriminalstatistik zeigt: Unsere Politikwende wirkt

In dieser Woche hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Polizeiliche Kriminalstatistik vorgestellt. **Zum ersten Mal seit 2021 ist die Gewaltkriminalität in Deutschland im letzten Jahr zurückgegangen.** Das ist endlich wieder ein Schritt in die richtige Richtung. Besonders der starke Rückgang der tatverdächtigen Zuwanderer macht deutlich, dass unsere Migrationspolitik wirkt und richtig ist. Aber auch hier bleibt



Foto: Picture alliance / dpa.

viel zu tun, denn nach wie vor sind ausländische Straftäter für 43% der Gewalttaten in Deutschland verantwortlich. Vor dieser Tatsache dürfen wir die Augen nicht verschließen. Es ist bezeichnend, dass die Grünen in diesen Tagen wieder einmal den Zusammenhang zwischen illegaler Einwanderung und Kriminalität abstreiten und jede Debatte darüber für unzulässig erklären. Eine Innenpolitik, die mit Denk- und Diskussionsverboten arbeitet, statt die Zahlen zur Kenntnis zu nehmen, verabschiedet sich von den Sorgen der Menschen und löst sich von der Wirklichkeit.

Absolut inakzeptabel bleiben die hohen Zahlen bei Vergewaltigungen sowie bei Straftaten im Zusammenhang mit jugendpornografischen Inhalten. **Elektronische Fußfesseln für Täter häuslicher Gewalt und ein digitales Gewaltschutzgesetz sind erste richtige Maßnahmen** – sie müssen nun konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. **Wir müssen die sexualisierte Gewalt im Internet noch entschlossener bekämpfen, seien es Abbildungen von realen Verbrechen, seien es Deep-Fakes.** Dazu werden wir **zeitnah ein Gesetz zur IP-Adressenspeicherung umsetzen**, eine jahrelange Forderung von CDU und CSU. Aber auch die Suche nach Kinderpornografie in Online-Messengerdiensten muss so schnell wie möglich erlaubt werden. Es kann nicht sein, dass das Europäische Parlament diese Möglichkeiten zuletzt blockiert hat – unter anderem mit den Stimmen der Grünen, Linken und der AfD.

Steuerberatung bleibt unabhängig



Der Bundestag hat die **uneingeschränkte Fortgeltung des so genannten Fremdbesitzverbots für Steuerberatungskanzleien beschlossen.** Der Steuerberatungsmarkt erlebt derzeit einen schleichenden, teils unkontrollierten Einstieg von



Finanzinvestoren über komplexe, grenzüberschreitende

Beteiligungsstrukturen. Das nutzt rechtliche Grauzonen aus und unterläuft die bestehende Rechtslage.

Steuerberatung ist kein beliebiges Geschäftsmodell. Steuerberater sind unabhängige Organe der Rechtspflege, wie sie zuletzt in der Corona-Pandemie eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben. Wenn Renditeinteressen externer Kapitalgeber Einfluss auf strategische Entscheidungen, Personal oder Mandatsführung gewinnen, entsteht ein struktureller Zielkonflikt. In Einzelfällen zeigt sich bereits, dass dies zulasten der Beratungsqualität geht und im Widerspruch zu Mandanteninteressen stehen kann.

Zugleich droht eine schleichende Veränderung der Marktstruktur – mit spürbaren Folgen für die Praxis: Mittelständische Kanzleien geraten unter Druck, Konzentrationsprozesse nehmen zu, und die flächendeckende, persönliche Beratung – gerade im ländlichen Raum – wird geschwächt.

Deshalb wurde nun gesetzlich klargestellt, dass nur qualifizierte Berufsträger an einer Steuerberatungsgesellschaft beteiligt sein dürfen und dass eine rein finanzielle Beteiligung standeswidrig ist. Dies ist kein Selbstzweck, sondern schützt Unabhängigkeit, Qualität und Vertrauen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stärken wir damit die am Mandantenwohl ausgerichtete Steuerberatung und sichern dies gesetzlich konsequent ab.

Baugenehmigungen steigen deutlich an – Bauen muss günstiger werden

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen einen **deutlichen Anstieg der Genehmigungszahlen im Wohnungsbau für Februar 2026: 22.200 neue Wohnungen wurden genehmigt, rund 24,1 Prozent bzw. 4.300 Wohneinheiten mehr gegenüber dem Vorjahresmonat.** Damit ist der Abwärtstrend beim Wohnungsbau gebrochen. Der neue Bauturbo der Bundesregierung wirkt.

Auch wenn die Richtung stimmt,

braucht es weitere Anstrengungen, damit in Deutschland wieder mehr, schneller und kostengünstiger gebaut werden kann. Dafür müssen die Bauvorschriften strukturell und dauerhaft entschlackt und auf Schnelligkeit und Effizienz getrimmt werden.



Vor allem müssen die Baukosten runter, die in den letzten Jahren auch

durch immer mehr staatliche Vorschriften stark gestiegen sind. Deshalb ist Bauen in Deutschland inzwischen zu teuer. **Der Gebäudetyp-E kann hier der Gamechanger werden**, um die Spirale aus immer strengeren und kostentreibenden Standards zu durchbrechen. **Statt teurem Goldstandard müssen wir einfaches und kostengünstiges Bauen zum neuen „Normal“ machen.** Zudem dürfen wir das zarte Pflänzchen des Wohnungsbaus nicht durch immer schrillere Regulierungsfantasien beim Mietrecht wieder abwürgen.

Social Wall



Diesen April fand die **Global Industrie-Messe in Paris** statt. Mit ca. 2.500 Ausstellern und 60.000 Besuchern aus 100 Ländern ist sie die größte Industriemesse Frankreichs und das französische Pendant zur Hannover Messe. Besonders gefreut habe ich mich über die Teilnahme von **Polyrack Tech-Group** und **TBH GmbH** aus Straubenhardt sowie von **MIMplus Technologies GmbH & CO.** aus Ispringen.





Anlässlich des bevorstehenden EU-Projekttags habe ich die 11. Klasse der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim besucht. Mir sind diese Gespräche mit Schülerinnen und Schülern besonders wichtig, denn am Ende des Tages mache ich Politik für die zukünftigen Generationen. Dabei ist es wichtig, eben diese Politik auch verständlich zu machen, abstrakte Arbeitsprozesse der EU zu erklären und selbstverständlich den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort zu stehen.

Filmempfehlung zum Wochenende



Haben Sie schon am Wochenende was vor? Wenn nicht, empfehle ich Ihnen die Arte-Dokumentation **“Macron-Merz: Hinter den Kulissen der Macht”**. Ab der 30. Minute können Sie auch meinen französischen Amtskollegen Benjamin Haddad und mich sehen. Den Film können Sie sich [hier](#) in der Arte-Mediathek in deutscher und französischer Sprache anschauen.

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.

Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.